07 Köhler 01.06.2008 16:53 Uhr Seite 223

Nils Köhler: „Fremdarbeiter“ oder Zwangsarbeiter?

Dänen in Schleswig-Holstein 1940-1945

Wer sich in Schleswig-Holstein mit dem Thema „Zwangsarbeit“ beschäftigt, stößt in den Archiven immer wieder auch auf die Namen dänischer Arbeiter, die während des Krieges auf Werften, in Fabriken und Baufirmen, bei Handwerkern oder im öffentlichen Dienst tätig waren, weil die deutsche Kriegswirtschaft auf ihre Arbeitskraft angewiesen war.

Wie ist dieses Phänomen einzuordnen, handelte es sich auch um Zwangsarbeiter? Die Dänen, deren Spuren man bei Recherchen in Dithmarschen oder Stormarn findet, können jedenfalls keine Grenzgänger gewesen sein, wie sie in Flensburg und im Kreis Südtondern auch nach der Grenzziehung von 1920 zum gewohnten Bild gehörten.

Überdies stellt sich die Frage, wie der Anteil der Dänen an der Gesamtzahl der Ausländer einzuschätzen ist und ob – anknüpfend an traditionelle Verbindungen etwa – dänische „Fremdarbeiter“ eine schleswig-holsteinische Besonderheit waren.

Dänemark 1940. Die besondere Geschichte der deutschen Besatzungsherrschaft in Dänemark soll hier nicht neu aufgerollt werden, lediglich die wichtigsten Aspekte hinsichtlich der Arbeit dänischer Männer und Frauen südlich der Landesgrenze in Erinnerung gerufen werden.[1]

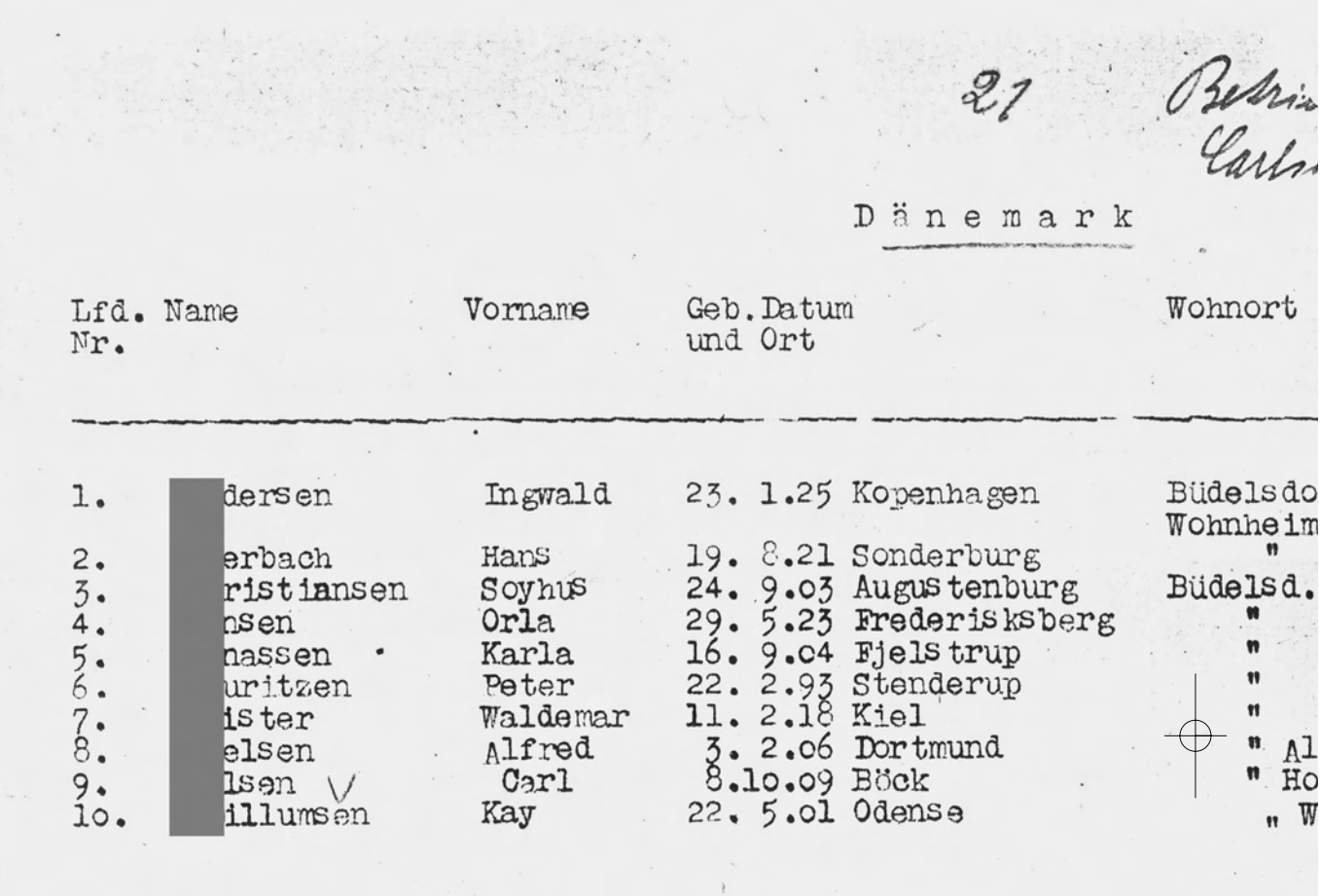
Trotz eines auf deutsche Initiative hin im Mai 1939 abgeschlossenen Nichtangriffsvertrages und der dänischen Neutralitätserklärung vom 1. September 1939 blieb Dänemark nicht vor einer militärischen Aggression durch das nationalsozialistische Deutschland verschont.

Am 9. April 1940 rückte die deutsche Wehrmacht in Dänemark ein und besetzte binnen weniger Stunden das gesamte Land. Das Unternehmen „Weserübung“ galt in erster Linie der Besetzung Norwegens, das kleine Königreich Dänemark diente vorrangig als strategische Basis.

Nicht einmal zwei Stunden nach dem Beginn der Invasion befahl der dänische Verteidigungsminister angesichts der gigantischen Übermacht der Angreifer die Feuereinstellung. Ohne nennenswerten militärischen Widerstand geleistet zu haben, sah sich Dänemark fortan mit einer deutschen Besatzung konfrontiert. Ein Memorandum der deutschen Regierung garantierte die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit Dänemarks mit der Begründung, die Besetzung diene allein der Friedenssicherung. Die dänische Regierung protestierte zwar gegen die Verletzung der Neutralität, akzeptierte die deutschen Bedingungen aber und blieb im Amt. Die dänische Souveränität blieb auf diese Weise nach außen hin formal gewahrt. Das deutsche Vorgehen zielte auf Stabilität in Dänemark, möglichst wenige militärische Einheiten sollten dort gebunden werden. Auch ideologische Gründe spielten eine Rolle: Dänemark sollte Vorbild werden für eine spätere deutsche Großraumverwaltung. Die Ideologen in Berlin stuften die Dänen als „Germanen“ ein. Nicht zu-

1 Zur deutschen Okkupationspolitik in Dänemark seien empfohlen: Robert Bohn, Jürgen Elvert u.a. (Hg.): Neutralität und totalitäre Aggression. Nordeuropa und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1991. Fritz Petrick: Dänemark, das ‚Musterprotektorat‘? in: Robert Bohn (Hg.): Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940-45, Stuttgart 1997, S. 121-134.

07 Köhler 01.06.2008 16:53 Uhr Seite 224



27

Dänemark

Lfd. Nr.	Name	Vorname	Geb. Datum und Ort	Wohnort
1.	[redacted]dersen	Ingwald	23. 1.25 Kopenhagen	Büdelsdo Wohnheim
2.	[redacted]erbach	Hans	19. 8.21 Sonderburg	"
3.	[redacted]ristiansen	Soyhus	24. 9.03 Augustenburg	Büdelsd.
4.	[redacted]nsen	Orla	29. 5.23 Frederisksberg	"
5.	[redacted]nassen	Karla	16. 9.04 Fjelstrup	"
6.	[redacted]uritzen	Peter	22. 2.93 Stenderup	"
7.	[redacted]ister	Waldemar	11. 2.18 Kiel	"
8.	[redacted]elsen	Alfred	3. 2.06 Dortmund	" Al
9.	[redacted]lsen	Carl	8.10.09 Böck	" Ho
10.	[redacted]illumsen	Kay	22. 5.01 Odense	" W

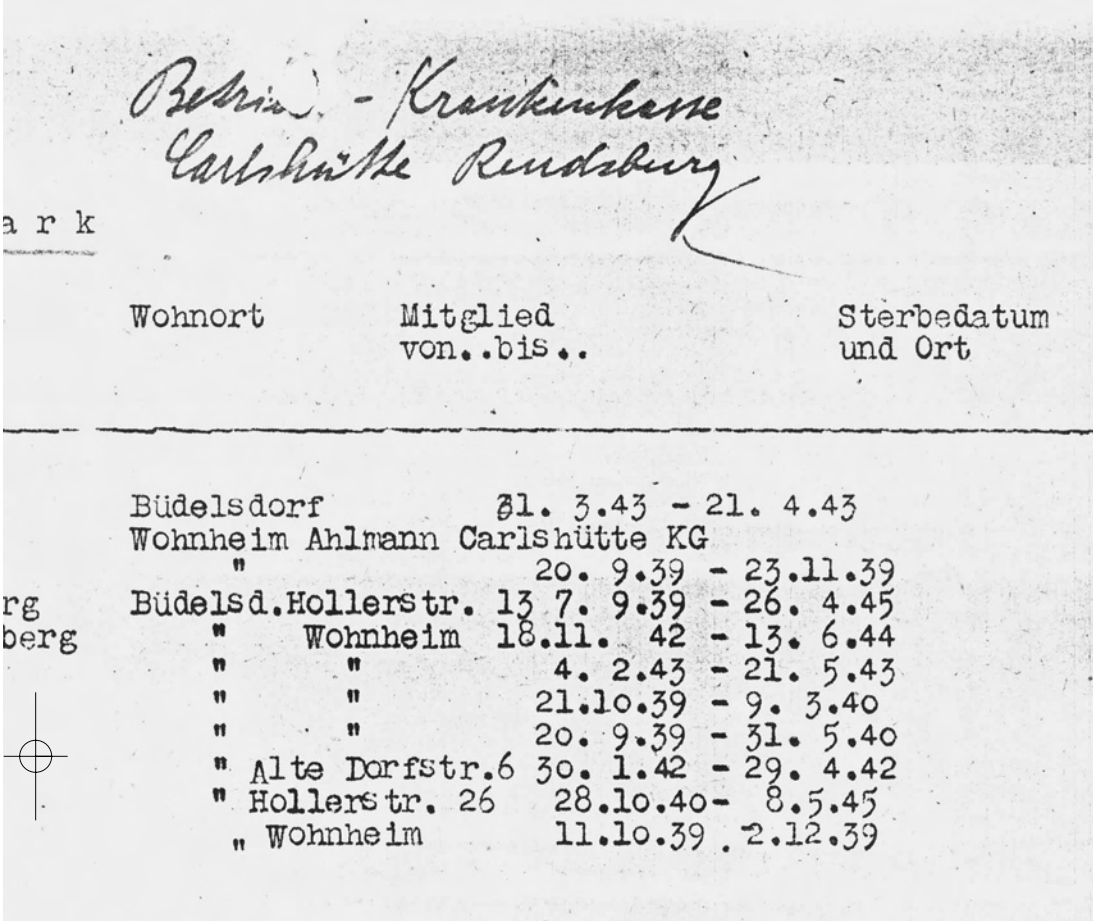
letzt baute man auf die „freiwillige Mitarbeit“ der Dänen, um möglichst viel für die Kriegsrüstung und die Lebensmittelversorgung des Reiches herauszuholen – ein Plan, dänische Arbeitskräfte ins Reich zu holen, existierte zunächst nicht.

Der dänische Arbeitsmarkt hatte sich im Frühjahr 1940 noch immer nicht von der Weltwirtschaftskrise erholt, die Arbeitslosenquote lag bei rund 35 Prozent. Die deutsche Besatzung des Landes verschärfte die wirtschaftlichen Probleme weiter. Der Handel mit dem wichtigsten Exportpartner Großbritannien brach ab, und bei der nur noch über Deutschland laufenden Energieversorgung ergaben sich Engpässe, die die Wirtschaft zusätzlich lähmten. Die Erwerbslosigkeit stieg rapide an, gleichwohl wies die dänische Regierung kurz nach der Besetzung ein erstes deutsches Ersuchen, dänische Arbeiter in Deutschland einzusetzen, ab.[2]

Doch der infolge der Einberufungen zur Wehrmacht dramatische Arbeitskräftemangel auf dem deutschen Arbeitsmarkt diente bei Handelskonsultationen der Delegation aus Berlin als brauchbares Argument, die Anfrage zu erneuern: Kohle- und Kokslieferungen nach Dänemark könnten kaum langfristig garantiert werden, wenn

2 Falls nicht anders belegt, basieren die Ausführungen auf dem grundlegenden Beitrag von Therkel Stræde, dem ich für seine ergänzenden Hinweise auf neue Erkenntnisse danke. Vgl. ders.: „Deutschlandarbeiter“. Dänen in der deutschen Kriegswirtschaft 1940-1945, in: Ulrich Herbert (Hg.): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, Essen 1991, S. 140-171.

07 Köhler 01.06.2008 16:53 Uhr Seite 225



Betrieb - Krankenkasse
Carlshütte Rendsburg

Wohnort	Mitglied von..bis..	Sterbedatum und Ort
Büdelsdorf	31. 3.43 - 21. 4.43	
Wohnheim Ahlmann Carlshütte KG		
"	20. 9.39 - 23.11.39	
Büdelsd.Hollerstr. 13	7. 9.39 - 26. 4.45	
" Wohnheim	18.11. 42 - 13. 6.44	
" "	4. 2.43 - 21. 5.43	
" "	21.10.39 - 9. 3.40	
" "	20. 9.39 - 31. 5.40	
" Alte Dorfstr.6	30. 1.42 - 29. 4.42	
" Hollerstr. 26	28.10.40 - 8.5.45	
" Wohnheim	11.10.39 . 2.12.39	

Abb. 1: Hinweise auf Dänen in schleswig-holsteinischen Betrieben, etwa bei der Ahlmann-Carlshütte in Büdelsdorf. (Sammlung IZRG)

nicht durch dänische Kräfte deutsche Arbeiter für den Bergbau frei würden. So stimmte die dänische Regierung im Mai 1940 der Anwerbung von 6000 Arbeitskräften auf der Basis der Freiwilligkeit zu. Elementarer Bestandteil der Vereinbarung war die Zusicherung der deutschen Seite, das gesamte Kontingent in Schleswig-Holstein einzusetzen.

Für die Anwerbung richtete das Reichsarbeitsministerium in Kopenhagen die „Deutsche Arbeitsvermittlungsstelle“ (DAVS) ein, die bald Außenstellen in fünf weiteren dänischen Städten unterhielt und im Auftrag von deutschen Arbeitgebern und Arbeitsämtern Verträge abschloss.

Der Ablauf einer Zuweisung war klar geregelt: Die schleswig-holsteinischen Arbeitsämter meldeten ihren Bedarf an eine Clearing-Stelle im Arbeitsministerium in Berlin, die die Anträge nach Kopenhagen an die DAVS weiterleitete.

Die Nachfrage durch dänische Arbeitslose übertraf die kühnsten Erwartungen: Schon am ersten Werbetag, dem 24. Mai 1940, meldeten sich 2300 Freiwillige zur Arbeit im Deutschen Reich. Die vereinbarte Anzahl war schon nach einem Monat überschritten, bis zum

07 Köhler 01.06.2008 16:53 Uhr Seite 226

Jahresende hatten fast 30 000 Dänen einen Arbeitsvertrag bei der DAVS unterzeichnet – die dänische Regierung nahm die ständige Erhöhung der Quote im übrigen widerspruchslos hin.

Ein Schleswig-Holsteiner organisiert den „Däneneinsatz“. Am 21. Juli 1940 übernahm ein Schleswig-Holsteiner, Oberregierungsrat Dr. Ernst Heise, die Leitung der DAVS. Der 1893 in Neustadt/Holstein geborene Beamte verfügte bereits über reichliche Erfahrungen in führenden Positionen der Arbeitsverwaltung. Seit 1930 hatte er in Personalunion die Arbeitsämter in Schleswig und Rostock geleitet und war 1935 kurzzeitig Hauptabteilungsleiter des Arbeitsamtes in Hamburg, ehe er 1936 die Führung des Arbeitsamtes Flensburg übernahm. Die Expansion des Dritten Reiches spiegelt sich auch in der Biografie Heises wieder, den – seit Mai 1933 Mitglied der NSDAP – das Landesarbeitsamt Nordmark im Juni 1938 erstmals für ein Jahr für „auswärtige Aufgaben“ abstellte. Der Arbeitsbeamte aus Flensburg wirkte in Wien als „Referent für den gewerblichen Arbeitseinsatz“ in der „Zweigstelle Österreich“ des Reichsarbeitsministeriums. Nach seiner Rückkehr leitete er zwölf Monate das Arbeitsamt in Stralsund, ehe ihm der Karrieresprung nach Kopenhagen gelang. Seine Berufung zum „Leiter der Dienststelle Dänemark des Reichsarbeitsministeriums“ (ab 1942 „des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“) hatte durchaus auch mit der Herkunft Heises zu tun, denn Dänemark fiel organisatorisch in die Zuständigkeit des Landesarbeitsamtes Nordmark, das auch andere Beamte zeitweise dorthin entsandte.

Heises Handeln in der dänischen Hauptstadt war einerseits bestimmt von seiner Aufgabe, möglichst viele Dänen für die Arbeit in der deutschen Kriegswirtschaft zu gewinnen, andererseits jedoch die Stabilität im Königreich nicht zu gefährden.

Um die verschiedenen Interessen der deutschen und dänischen Seite in Einklang zu bringen, besuchte Heise wöchentlich das dänische Außenministerium, das Arbeits- und Sozialministerium und das staatliche Auswanderungskontor. Durch sein diplomatisches Vorgehen und sein Bemühen um einvernehmliche Lösungen und gute Zusammenarbeit erwarb er sich ein gewisses Ansehen bei seinen Verhandlungspartnern in Kopenhagen.

Heises Amtszeit in Kopenhagen endete im September 1944, als – wie er es nach dem Krieg selbst formulierte – „wegen der wirtschaftlichen Entwicklung in Dänemark meine Arbeitskraft nicht mehr voll ausgenutzt war“. Ihm wurde eine zwischenzeitlich wichtigere leitende Funktion im Gauarbeitsamt Danzig-Westpreußen zugewiesen. Nach nur einem weiteren halben Jahr sah sich Heise aufgrund der Kriegsereignisse gezwungen, rasch nach Schleswig-Holstein zurückzukehren. In den letzten Tagen des Dritten Reiches war er für das Landesarbeitsamt in Kiel tätig. Den Sommer 1945 verbrachte er auf der Insel Pellworm, wo er auch im März 1946 „entnazifiziert“ wurde.[3] Als „unbelastet“ eingestuft kehrte Dr. Ernst Heise bald darauf als Abteilungsleiter ins Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein an den Kieler Westring zurück.[4]

3 Vgl. Landesarchiv Schleswig, Abt. 460 ung., Geschäftszeichen 312/18091, Entnazifizierungsakte Ernst Heise.

4 Vgl. Handbuch für Schleswig-Holstein 1949, i. A. des Landesministeriums des Innern bearb. u. hg. von Heinrich Langmaack, S. 47. Regierungsdirektor Heise beendete seine Laufbahn 1958 als Leiter des Arbeitsamtes Lübeck. Vgl. ebd., Ausgabe 1958, S. 110.

07 Köhler 01.06.2008 16:53 Uhr Seite 227

Abb. 2: Dänische Kontoristin im „Reichseinsatz“: Mit solchen Fotos warben die deutschen Arbeitsbehörden um dänische Freiwillige. (Friedrich Didier: Europa arbeitet in Deutschland, Berlin 1943)

„Deutschlandarbeiter“. Die DAVS organisierte Sonderzüge für Angeworbene und kümmerte sich um den Ausbau planmäßiger Verkehrsverbindungen im Bereich Padborg/Flensburg und auf der Fährlinie Gedser-Warnemünde, um Wochenend- und Urlaubsheimfahrten für in Norddeutschland beschäftigte Dänen zu erleichtern.

Die berufliche Qualifikation spielte von Beginn an eine große Rolle bei der Anwerbung: Angesichts des großen Arbeitskräfteangebots konnten sich die deutschen Arbeitsvermittler Facharbeiter aussuchen. Besonders zahlreich warb man Hoch- und Tiefbauarbeiter, Handwerker und Hafenarbeiter an. Auch der öffentliche Dienst griff bevorzugt auf dänische Angestellte zurück, waren sie doch – weil die Rasseideologen sie als „germanisches Volk“ einstuften – beispielsweise als Schaffner oder Busfahrer einsetzbar. Aus der vielseitigen Verwendbarkeit der durch die rassistische Gesetzgebung kaum beeinträchtigten Dänen ergab sich ein signifikanter Unterschied zu allen anderen in der deutschen Kriegswirtschaft arbeitenden Nationen: In der Landwirtschaft kamen Dänen fast gar nicht zum Einsatz.

Führende sozialdemokratische dänische Gewerkschafter, die etwa den Metallarbeiterverband dominierten, unterstützten die deutschen Werbeaktionen aktiv. An einem weiteren Anwachsen der Arbeitslosigkeit konnte ihnen nicht gelegen sein, fürchteten sie doch die Radikalisierung der erwerbslosen Arbeiterschaft und deren Hinwendung zum Kommunismus oder zu den dänischen Nationalsozialisten.[5] Die sozialdemokratischen Gewerkschaften übernahmen auch die Betreuung der „Deutschlandarbeiter“, wie die im Reich arbeitenden Dänen von ihren Landsleuten bezeichnet wurden. Sie schickten Künstlergruppen in Betriebe, in denen Dänen in größerer Anzahl tätig waren, verschickten Bücher und Sportrequisiten. Diese Fürsorge fand jedoch im Herbst 1941 ein jähes Ende, als die Deutsche Arbeitsfront (DAF) ihr Monopol bei der Betreuung ausländischer

5 Zu nennen sind hier vor allem die NSDAP-N(ordschleswig) und die DNSAP, die allerdings kaum wirkliche Bedeutung erlangten, vgl. als Einführung Robert Bohn: Der Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein und Dänemark – Ein Überblick, in: Uwe Danker/Robert Bohn/Jørgen Kühl (Hrsg.): Zwischen Hoffnung, Anpassung und Bedrängnis. Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum in der NS-Zeit, Bielefeld 2001, S. 39-53; zur Vertiefung etwa Maleene Djursaa: DNSAP. Danske Nazister 1930-1945 (2 Bde.), Kopenhagen 1981.

07 Köhler 01.06.2008 16:53 Uhr Seite 228

Arbeitskräfte auch in Hinblick auf die dänischen Arbeiter durchsetzte.

Wie in allen anderen Ländern unter deutschem Einfluss auch erwiesen sich die Versprechungen der deutschen Werber oftmals als Übertreibungen. Die zugesagte Lohnhöhe lag gelegentlich deutlich über dem deutschen Tarif, individuelle Zusagen über die Urlaubsmöglichkeiten hielten den Bestimmungen nicht stand, und mancherorts war es nicht möglich, die in Aussicht gestellte Privatunterkunft zu erhalten.

Ernüchternd auf viele Dänen wirkte auch die „Hungerernährung“, die sie in Deutschland antrafen. Die deutschen Lebensmittelrationen, die auch den Dänen zustanden, waren noch eingeschränkter als in ihrer Heimat. Zur Ergänzung durften sich die „Deutschlandarbeiter“ pro Monat fünf Kilogramm Nahrungsmittel von ihren Angehörigen schicken lassen.

Mancher Däne stellte erst nach seinem Arbeitsantritt im Reich fest, dass ihm hier keine Gewerkschaft zur Seite stand und er seine Forderungen nicht wirksam vertreten konnte. Nicht wenige „Tysklandsarbejdere“ erfuhren jetzt, wie scharf jede missliebige Meinungsäußerung und unverhohlen geäußerte Kritik verfolgt werden konnte.

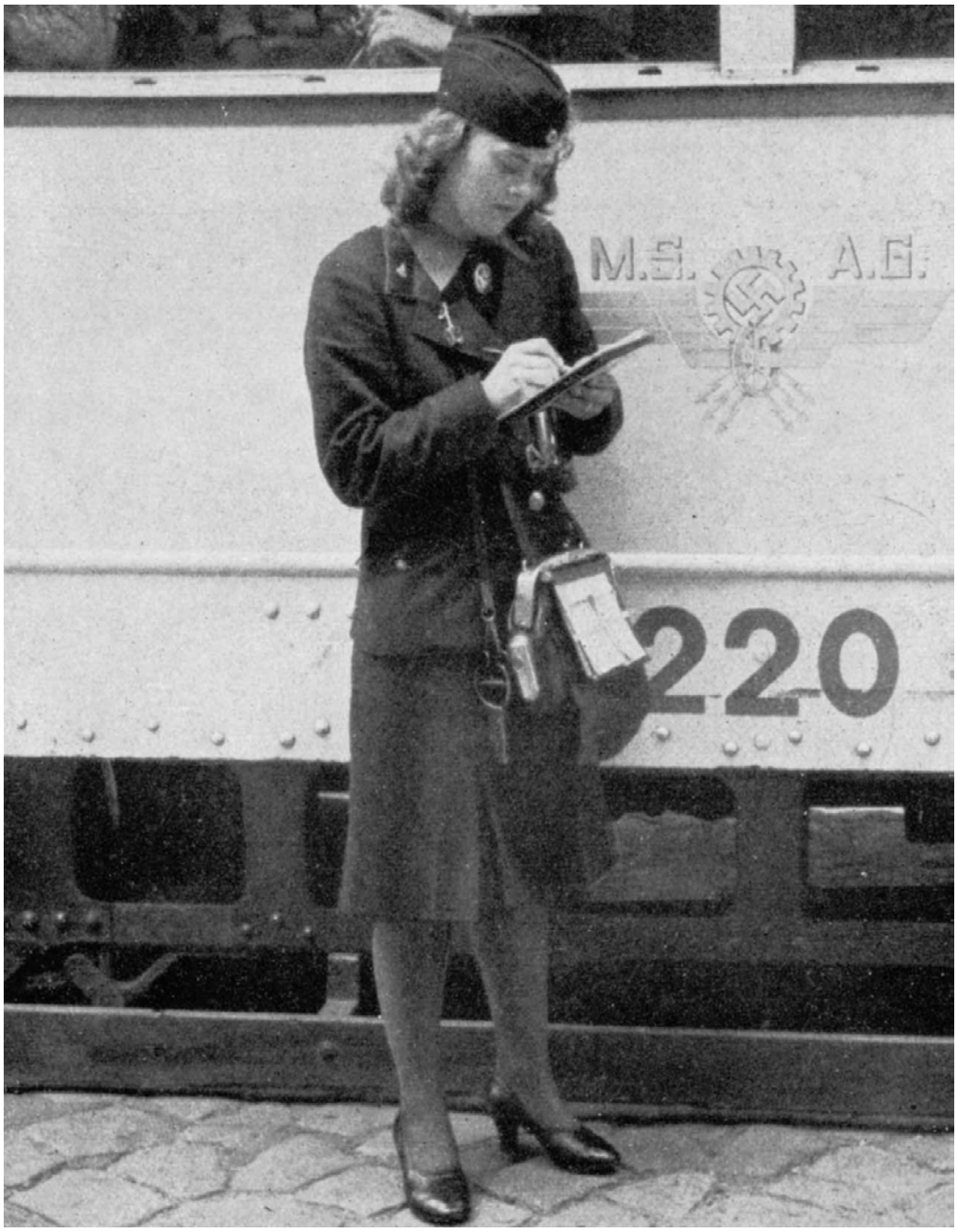
Die Arbeitsverträge liefen in der Regel über sechs oder neun Monate. Anschließend konnten die dänischen Arbeitnehmer in ihre Heimat zurückkehren oder den Vertrag verlängern. Doch so lange blieben viele Unzufriedene nicht an ihren Arbeitsorten. Sie suchten sich andere Arbeitsplätze, was zwar offiziell unzulässig war, aber wegen der großen Konkurrenz zwischen den einzelnen Arbeitsämtern mitunter gelang, oder reisten zurück nach Hause.

„Arbeitsvertragsbrüche“ dänischer Arbeiter bereiteten den deutschen Arbeitsämtern große Probleme, besaßen sie doch keine Kapazitäten, um die offenen Stellen mit geeigneten Kräften neu zu besetzen. Die deutschen Behörden verhängten schon im August 1940 eine Grenzsperre für Dänen ohne Rückreiseerlaubnis. Solche Kontrollen trafen den Einzelnen mitunter hart, die massenhafte illegale Ausreise konnte aber auf diesem Wege nicht verhindert werden. Am 1. Dezember 1940, ein gutes halbes Jahr nach Beginn der Werbeaktionen, waren schon 4000 Deutschlandarbeiter – zum größten Teil vor Ablauf des Vertrages – heimgekehrt, mithin hatte jeder siebte Däne seinen Arbeitsplatz in Deutschland bereits wieder verlassen. Unverheirateten Arbeitern stand erst nach einem Jahr in Deutschland eine einwöchige Familienheimfahrt zu, Verheirateten nach sechs Monaten. Auch diese Regelung trug dazu bei, dass aus dem Weihnachtsurlaub 1940 jeder vierte Däne nicht mehr ins Reich zurückkehrte.

Dieses Phänomen setzte sich fort; ein Versuch des DAVS-Leiters Heise, die Mindestlaufzeit der Arbeitsverträge auf zwölf Monate heraufzusetzen, scheiterte am Veto der dänischen Regierung.

Die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Dänen mussten die Planer im Reichssicherheitshauptamt im Januar 1942 schon in der Testphase verwerfen: Die Arbeiter der ausgewählten Betriebe

07 Köhler 01.06.2008 16:54 Uhr Seite 229



weigerten sich, die vorgesehenen roten Armbänder zu tragen, und protestierten vehement gegen dieses diskriminierende Vorhaben. Der Vorstoß missglückte aber vor allem, weil der zu erwartende Erfolg der Kennzeichnung in keinem Verhältnis zu der zu befürchtenden Unruhe in Dänemark und unter der dänischen Arbeiterschaft stand.

Abb. 3: Als Angehörige eines „germanischen Volkes“ auch in qualifizierten Tätigkeiten einsetzbar: Eine Dänin als Straßenbahnschaffnerin im Deutschen Reich. (Friedrich Didier: Europa arbeitet in Deutschland, Berlin 1943)

07 Köhler 01.06.2008 16:54 Uhr Seite 230

Lfd. Nr.	Mitgl. Nr.	Name, Vorname Geburtsort und Geburtsdatum	versic Heimat
54.	3087	[redacted]dsen, E. Wilhelm, 24.11.98 Apenrade	Flsbg- Apenra
55.	6615	[redacted]hardt, Otto, 16.8.21 Währ/Skanderborg	Gem.La Gram b
56.	548	[redacted]truo, Sigurd, 19.6.00 Rimsö/Randers	Gem.La Schere
57.	5008	[redacted]ewtz, Willi, 28.8.22 Bov/Apenrade	Flsbg. Bov/ A
58.	1982	[redacted]esen,Hans J., 10.2.92 Stubbeck,Apenrade	Gem.La Avnbul
59.	5057	[redacted]rsen,Callesen, Hans, 26.11.08 Nr. Hjarup/Apenrade	Gem.La Voller
60.	9409	[redacted]lsen,Georg,Friedr. 11.5.04 Tondern	Gem.La Sonder
61.	2246	[redacted]stensen, Peter Anton, 12.7.25 Bülderup Bau/Tondern	Gem.La Bülder
62.	4821	[redacted]per, Julius-Aug. 25.10.02 Nordschann	Krusau
63.	6654	[redacted]stensen,Andreas, 19.1.18 Kliplev, Apenrade	Gem.La Aarto
64.	2435	[redacted]stensen,Chresten, 13. 4. 17 Haderslebn	Dynt
65.	606	[redacted]stensen,Christian, 4. 5. 82 Sonderborg	Gem.La Sonder
66.	621	[redacted]stensen, Christian, 22.7.92 Höruphav/ Sonderborg	Gem.La Sonder chauss

07 Köhler 01.06.2008 16:54 Uhr Seite 231

versichert Heimatanschrift	versichert von	bis	Bemerkungen E-7-1211
Flsbg- Holm 66 Apenrade Große Str.21/	24.2.42-	17.4.42	
Gem.Lager Trollsee Gram b.Horhsyl/ pr Vejle	3.11.42-	7.12.42	ist nicht hierher zurückgekehrt
Gem.Lager Trollsee Scherebeck	3. 3.42-	19. 3.43	Arbeitsvertrag erfüllt
Flsbg.Brauereiweg 13 Bov/ Apenrade	25.11.41-	19. 3.42	zur Wehrmacht
Gem.Lager Trollsee Avnbull ?	23.11.40	25.11.42	aus dem Urlaub nicht zurückgekehrt
Gem.Lager Trollsee Vollerup/Bollerslev	31. 1.42-	7.3.42	ungeeignet
Gem.Lager Mürwik Sonderburg, Düllst.	27.11.40-	4. 3.41	
Gem.Lager Trollsee Bülderup Bau	23.4. 42-	2. 9.44	
Krusau	11.8. 42-	16.10.42	Grenzgänger nicht hierher zurück
Gem.Lager Trollsee Aartoftfeld/Kliplev	5.9. 41-	10.1. 42	zurück in die Heimat
Dynt pr Broacker Grenzgänger	12.11.43	4. 2.44	aus dem Urlaub nicht zurückgekehrt
Gem.Lager Trollsee Sonderburg, Liliegade 1	23. 9.41-	13. 1.42	wegen Krankheit entlassen
Gem.Lager Trollsee Sonderburg, Augustenburger chaussee 54	7.11.41-	21.11.41.	

07 Köhler 01.06.2008 16:54 Uhr Seite 232

Vorangehende Seiten:
Abb. 4: Auszug aus den Versichertenlisten der Betriebskrankenkasse der „Flensburger Schiffbau-Gesellschaft“: Längst nicht alle Dänen blieben bis zum Ablauf ihres Arbeitsvertrages. (Sammlung IZRG)

Zur Regelung von Unstimmigkeiten reiste seit Mai 1941 ein Inspektor des dänischen Generalkonsulats in Hamburg durch Deutschland und kümmerte sich um Problemfälle. Und die gab es reichlich: 443 dänische Arbeiter starben während ihres Aufenthaltes in Deutschland. Die mangelhafte Ernährung und die eingeschränkte Hygiene in manchen Lagern begünstigten Krankheiten wie Tuberkulose, Diphtherie und Scharlach, die in vielen Fällen ebenso zum Tode führten wie Arbeitsunfälle.

Als besorgniserregend für die dänischen Behörden stellte sich auch die wachsende Zahl der Verhaftungen von Landsleuten in Deutschland durch die Gestapo dar.

Hintergrund waren in den meisten Fällen politische Äußerungen, Streiks, kollektive Krankmeldungen und „Arbeitsvertragsbrüche“.

Der Erlass Fritz Sauckels, des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“, über die „Sicherstellung des Gefolgschaftsstandes in der Kriegswirtschaft“ vom 20. Mai 1942 verschärfte die Situation. Alle Arbeiter in kriegswichtigen Unternehmen wurden zur unbefristeten Weiterarbeit verpflichtet – auch über ihr Vertragsende hinaus.

Noch im gleichen Sommer gelang es der dänischen Regierung aber, die Gültigkeit der Zeitverträge durchzusetzen; die legale Rückkehr in die Heimat war den Dänen dadurch wieder möglich.

Im Gegensatz zu den Angehörigen aller anderen Nationen gab es in nennenswertem Umfang „renitentes Verhalten“ dänischer Arbeiter. Sie leisteten vor dem Hintergrund einer langen demokratischen und gewerkschaftlichen Tradition Widerstand gegen ihre Arbeits- und Lebensbedingungen und forderten – ohne dies zu beabsichtigen – den totalitären Staat heraus.

Schon 1940 erhob das schleswig-holsteinische Sondergericht erstmals Anklage gegen einen dänischen „Fremdarbeiter“; 1941 standen dort bereits 17 Dänen vor dem Richter. Bis Kriegsende sprach das Sondergericht Urteile über 68 Dänen, darunter sieben Frauen. Da viele rassistisch motivierte Straftatbestände für die Dänen nicht galten, verhängten die NS-Juristen keine Todesurteile.[6]

Im Juni 1942 starben aber die ersten Dänen in deutschen „Arbeitserziehungslagern“. Wenngleich der Reiseinspektor angesichts der Fülle der Verhaftungen nicht überall intervenieren konnte: Es gab immerhin eine Institution, die Hinweisen auf Landsleute in deutschen Straflagern nachging. Im November 1942 erreichte die dänische Regierung bei Himmler das Zugeständnis, dass künftig keine Dänen mehr in Arbeitserziehungslager eingewiesen werden sollten. Die Praxis sah vielerorts anders aus: Bis Kriegsende starben 83 Dänen in diesen Lagern der Gestapo.

Dänen im „Reichseinsatz“ – Daten und Zahlen. Um den „Däneneinsatz“ statistisch zu erschließen, stehen vor allem zwei Quellenbestände zur Verfügung. Zunächst sind die Abreiselisten des dänischen Auswanderungskontors zu nennen.[7] Sie belegen die Abreisen der angeworbenen dänischen Arbeitskräfte und sind in erster Linie für die dänische Sozialgeschichte ein reizvoller Bestand. Doch auch für un-

6 Vgl. Birte Claasen/Michael Derner: „Fremdarbeiter“ vor dem schleswig-holsteinischen Sondergericht, in: Uwe Danker/ Robert Bohn/Nils Köhler/Sebastian Lehmann (Hg.): „Ausländereinsatz in der Nordmark“. Zwangsarbeitende in Schleswig-Holstein 1939-1945, Bielefeld 2001, S. 440-473.

7 Die Transportlisten der DAVS sind im Reichsarchiv Kopenhagen, Statens Udvandringskontor, überliefert.

07 Köhler 01.06.2008 16:54 Uhr Seite 233

Tabelle 1: Der „Arbeitseinsatz“ dänischer Zivilarbeiter in Schleswig-Holstein und im Reich.
Quelle: Der Arbeitseinsatz im (Groß-)Deutschen Reich

Stand	Männer SH	Frauen SH	Gesamt SH	Anteil an Gesamtausländerzahl in SH	Männer DR	Frauen DR	Gesamt DR	Anteil an Gesamtausländerzahl im DR
25.04.41			21289*		27733	2790	30523	k. A.
20.01.42			15422*		25377	3395	28772	k. A.
10.07.42			14471*		24322	4035	28357	0,9%
31.12.42			13453*		21799	4262	26061	0,7%
30.06.43	6228	957	7185	5,9%	25422	5415	30837	0,6%
30.09.43	5442	888	6330	4,9%	20180	4382	24562	0,5%
31.12.43	4610	865	5475	4,5%	18087	4338	22425	0,4%
31.03.44	2743	731	3474	2,9%	15434	4136	19570	0,4%
30.06.44	2091	713	2804	2,3%	13577	4087	17664	0,3%
30.09.44	2018	685	2703	2,0%	12179	3791	15970	0,3%

*** Angaben für das Gebiet des Landesarbeitsamtes Nordmark**

sere Fragestellung liefern sie erste Hinweise: Bis Mai 1945 reisten 127910 Dänen zum Arbeitseinsatz in das Deutsche Reich, darunter 14136 Frauen. Es handelte sich fast ausschließlich um junge und leistungsfähige Arbeitskräfte, von denen rund 70000 unverheiratet waren.

Die ermittelten Zahlen sind jedoch mit einiger Vorsicht zu betrachten: Die dänischen Grenzgänger, die täglich oder wöchentlich die Grenze passierten, sind in den Abreiselisten des dänischen Auswanderungskontors, auf denen die genannten Zahlen basieren, ebenso wenig erfasst wie die durch private Vermittlung ins Reich gegangenen Dänen. Dagegen enthält die Aufstellung eine schwer zu beziffernde Zahl von mehrfach Vermittelten.

Der dänische Historiker Therkel Stræde schätzt – auf Basis dieser Quelle – die Gesamtzahl der „Deutschlandarbeiter“ auf rund 100000.

Der Verbleib der dänischen Arbeiter nach ihrer Einreise in das Deutsche Reich lässt sich anhand der Angaben in dem zeitgenössischen, im Reichsarbeitsministerium in Berlin zusammengestellten Periodikum „Der Arbeitseinsatz im (Groß-)Deutschen Reich“ nachvollziehen (vgl. Tabelle 1).[8]

Auch nach der Überschreitung des ersten Kontingents, das die Arbeitsämter in Schleswig-Holstein erhalten hatten, sagten die Vermittler der DAVS den Interessenten zunächst noch zu, sie in Nordwestdeutschland einzusetzen. Im Laufe des Jahres 1940 erhielten außerhalb der nördlichsten preußischen Provinz nur die Arbeitsämter in Bremen und Rostock dänische Arbeiter in größerer Zahl. Doch nach und nach trafen Dänen in allen Teilen des Reiches ein. Schon Ende April 1941 arbeitete ein Drittel von ihnen außerhalb des Lan-

8 Der Arbeitseinsatz im (Groß-)Deutschen Reich, hg. von der Hauptabteilung VI des Reichsarbeitsministeriums (bzw. später vom „Beauftragten für den Vierjahresplan“ und dem „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“), Jahrgänge 1940-1944.

07 Köhler 01.06.2008 16:54 Uhr Seite 234

desarbeitsamtes Nordmark, zu dem außer Schleswig-Holstein auch noch Hamburg und Mecklenburg gehörten; Ende 1942 war es bereits die Hälfte.

Der Norden Deutschlands – vor allem Hamburg und Schleswig-Holstein – und Berlin blieben aber die wichtigsten Regionen des „Däneneinsatzes".

Im April 1941 registrierten die Arbeitsämter gut 30 000 Dänen. Bis Ende 1942 sank die Zahl um 4000, ehe durch die Einführung der attraktiveren Leiharbeit[9] die Zahl dänischer Arbeitskräfte in Deutschland im Juni 1943 mit 30 837 ihren Höchststand erreichte. Umfangreiche Streik- und Sabotageaktionen in Dänemark, der sogenannte „Augustaufruhr", und die deutschen Gegenmaßnahmen wirkten sich unmittelbar aus: Ende September 1943 registrierten die deutschen Arbeitsbehörden rund 20 Prozent weniger Dänen – ein rapider Rückgang.[10] Die Zahl der „Tysklandsarbejdere" sank danach kontinuierlich weiter, die letzte Erhebung vom 30. September 1944 weist 15 970 Personen aus.

9 Näheres hierzu im folgenden Abschnitt: „Fremdarbeiter" oder Zwangsarbeiter?

10 Vgl. Hans Kirchhoff: Augustopprøret 1943. Sam-arbejdspolitikkens fald. Forudsætninger od forløb. En studie i kollaboration og modstand, København 1979.

Für das erst seit Juni 1943 existierende Gauarbeitsamt Schleswig-Holstein lässt sich gleichfalls seit Juni 1943 eine permanent sinkende Zahl feststellen, wobei sich hier der „Augustaufruhr" nicht in gleicher Weise eindeutig niederschlägt (vgl. Tabelle 1).

Waren im Juni 1943 noch 7185 „Reichsdänen", darunter 957 Frauen, in Schleswig-Holstein gemeldet, waren es bei der letzten Meldung im September 1944 nur noch 2703 (vgl. Diagramm 1).

Die Entwicklung der dänischen „Fremdarbeit" unterscheidet sich damit signifikant von der der Angehörigen der anderen Nationen. Die Gesamtzahl der ausländischen Zivilarbeiter stieg in Schleswig-Holstein von 121 915 am 30. Juni 1943 weiter auf 134 167 am 30. September 1944 an, vor allem, weil in Polen und der Sowjetunion immer radikaler Zwangsrekrutierungen durchgeführt wurden und in Westeuropa Dienstverpflichtungen für immer neue Jahrgänge erfolgten. Dies war – wie geschildert – in Dänemark nicht der Fall. Überdies bestätigt die Statistik, dass Dänen tatsächlich nach Ablauf ihrer Verträge in ihre Heimat zurückkehren durften; sie mag in Hinblick auf den August 1943 als Indiz dafür gelten, dass der „Arbeitsvertragsbruch" hier eine ungleich größere Rolle spielte als bei den Arbeitskräften aus den anderen Ländern.

Die unterschiedlichen Entwicklungen wirkten sich statistisch nachhaltig aus: Reichsweit hatte der „Däneneinsatz" seine größte – statistisch zu belegende – Bedeutung im Juli 1942, als in der Sowjetunion die gefürchteten „Sauckel-Aktionen" – Zwangsverschleppungen oder den Behörden abgepresste Kontingente – gerade erst begonnen hatten. Zu diesem Zeitpunkt kamen 0,9 Prozent aller Ausländer im Reich aus Dänemark. Diese Zahl verdeutlicht die insgesamt äußerst geringe Bedeutung der Arbeitskräfte aus Dänemark. Im September 1944 war der Anteil aus den geschilderten Gründen auf ganze 0,3 Prozent gesunken. Anders stellte sich die Situation in Schleswig-Holstein dar, hier besaß der Einsatz dänischer Arbeitskräfte gleichfalls eine untergeordnete, aber durchaus relevante

07 Köhler 01.06.2008 16:54 Uhr Seite 235

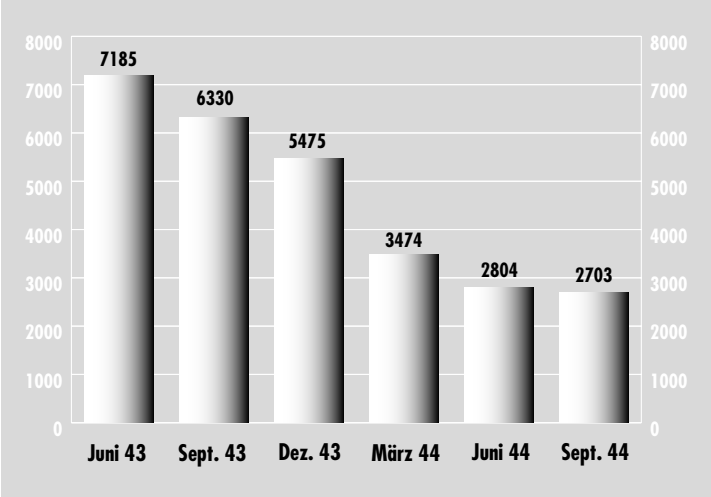


Diagramm 1: Dänische Zivilarbeiter in Schleswig-Holstein. (Quelle: Der Arbeitseinsatz im [Groß-] Deutschen Reich)

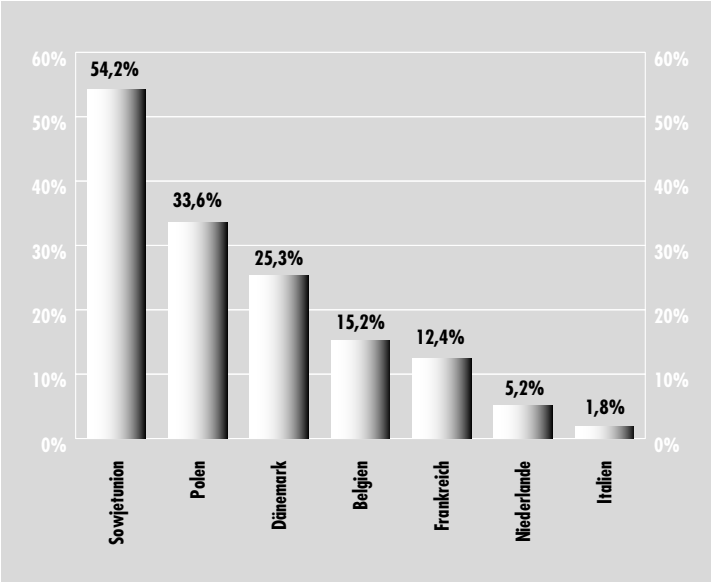


Diagramm 2: Frauenanteil an der Gesamtzahl der Zivilarbeiter nach Herkunftsländern am 30.9.1944. (Quelle: Der Arbeitseinsatz im [Groß-] Deutschen Reich)

Größenordnung. Im Juni 1943 stammten immerhin 5,9 Prozent, im September 1944 noch genau 2 Prozent der Ausländer aus dem nördlichen Nachbarland.

Die Listen des dänischen Auswanderungskontors deuten auf einen Frauenanteil von rund 11 Prozent hin. Die Auswertung der Statistiken aus dem „Arbeitseinsatz“ kann diese Zahl korrigieren und zusätzlich eine Entwicklung aufzeigen: Reichsweit stieg der Frauenanteil bei Däninnen von 9,1 Prozent im April 1941 auf 23,7 Prozent im September 1944. Ein ähnlich stetiger Anstieg bis auf zuletzt 25,3 Prozent ist auch für Schleswig-Holstein zu beobachten (vgl. Tabelle 1).

Dies ist bemerkenswert, denn damit war der Frauenanteil unter den Dänen in Deutschland höher als bei den Arbeitskräften aus allen

07 Köhler 01.06.2008 16:54 Uhr Seite 236

anderen Ländern Westeuropas. Nur die Frauen aus der Sowjetunion und aus Polen stellten innerhalb ihrer nationalen Gruppe einen höheren Anteil (vgl. Diagramm 2).[11]

„Fremdarbeiter" oder Zwangsarbeiter? Seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten befasst sich die historische Forschung intensiv mit dem Thema „Zwangsarbeit". Dabei war von Beginn an das Definitionsproblem in der Diskussion: Wie sind die Frauen und Männer korrekt und angemessen zu benennen, die als Zivilisten und nicht als Kriegsgefangene im Deutschen Reich zwischen 1939 und 1945 arbeiteten? Die erste grundlegende und noch heute maßgebliche Gesamtdarstellung zum Thema trägt den Titel „Fremdarbeiter". Der Autor, Ulrich Herbert, entschied sich 1985 für diesen zeitgenössischen Terminus und vermied die pauschale Verwendung des Begriffs „Zwangsarbeiter" unter Hinweis auf die vielschichtigen individuellen und nationalitätenspezifischen Hintergründe.[12]

Viele andere Historiker, die sich seither zum Komplex „Zwangsarbeit" geäußert haben, ziehen in ihren Ausführungen ebenfalls die neutraleren Bezeichnungen „ausländische Arbeitskräfte" und „ausländische Zivilarbeiter" vor. Dieses Vorgehen negiert nicht die stark überwiegende Berechtigung der Zuordnung der Frauen und Männer aus den verschiedenen Ländern Europas zur Gruppe der Zwangsarbeiter. Manche Autoren sprechen gar mit guten Gründen von „Sklavenarbeit".[13] Doch diese Zuspitzung birgt Gefahren: Abgesehen von dem historisch fragwürdigen Rückgriff, den dieser Terminus impliziert, erschwert die Verwendung jede nötige Differenzierung. Hinter der Gewalt des Wortes „Sklavenarbeit" drohen die Unterschiede zwischen angeworbenen „Freiwilligen", Dienstverpflichteten, Zwangsverschleppten und Angehörigen von KZ-Arbeitskommandos zu verschwimmen, wird jede einschränkende Differenzierung vom Leser kaum noch wahrgenommen. Die nationalsozialistische Rassenhierarchie, die den „Ausländereinsatz" prägte, wird ungewollt verschleiert.

In der neueren Forschung hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass zumindest die zivilen Arbeitskräfte aus Osteuropa – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – gänzlich als Zwangsarbeitende anzusehen sind. Dem zugrunde liegen verschiedene Kriterien, wie die Art der „Rekrutierung", aber auch die Lebensbedingungen dieser Menschen im Reich und ihre fast vollständige faktische Rechtlosigkeit.[14]

Schwieriger gestaltet sich bereits die Einstufung der im Hinblick auf das Schicksal der Osteuropäer deutlich bessergestellten „Westarbeiter" aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Gerade aus den Beneluxstaaten kamen viele Freiwillige, verdienten gutes Geld – zumeist nicht weniger als ihre deutschen Arbeitskollegen – und durften nach Ablauf ihrer Arbeitsverträge wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Weitaus mehr Männer aus Westeuropa kamen aber gegen ihren Willen. Dienstverpflichtungen für ganze Jahrgänge in Belgien und den Niederlanden, große Pflichtkontingente, die die kollaborierende

11 Vgl. Uwe Danker: Statuserhebung. Ausländer im „Arbeitseinsatz" in Schleswig-Holstein 1939 bis 1945, in: Danker et al.: „Ausländereinsatz in der Nordmark", S. 43ff.

12 Ulrich Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1985, S. 359.

13 Vgl. etwa Gerhard Hoch/Rolf Schwarz: Verschleppt zur Sklavenarbeit. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein, Alveslohe u. Nützen 1985.

14 Für Schleswig-Holstein sei hier verwiesen auf Danker et al.: „Ausländereinsatz in der Nordmark", Bielefeld 2001.

07 Köhler 01.06.2008 16:54 Uhr Seite 237

Regierung des besetzten Frankreichs für den „Reichseinsatz" zu stellen hatte, brachten Zwangsarbeiter in beträchtlicher Zahl auch aus diesen Ländern nach Deutschland. Diesen Menschen erging es im Reich besser als ihren Kollegen aus Polen oder der Sowjetunion: Dies nahmen sie auch so wahr, aber an diesen pflegten sie sich nicht zu messen.[15] Die vergleichsweise gute Bezahlung konnte den Schmerz über die erzwungene Trennung von der Heimat nicht ausgleichen, die zugesagten Urlaubsfahrten zu ihren Familien blieben den zumeist sehr jungen Männern häufig versagt und entfielen durch die Kriegsereignisse ab Mitte 1944 ganz. Auch hier haben wir es – wenn auch unter anderen Vorzeichen – mit Zwangsarbeit zu tun.

15 Vgl. zu diesem Aspekt Nils Köhler: Zwangsarbeit in der Lüneburger Heide. Alltag und Organisation des „Ausländereinsatzes" 1939-1945, Bielefeld 2003 (i. E.).

Und die Dänen? Ohne Ausnahme kamen sie „freiwillig" nach Deutschland. Hintergrund des großen Interesses dänischer Facharbeiter, sich für eine Tätigkeit im Deutschen Reich zu melden, war in den meisten Fällen die Arbeitslosigkeit, die sich zunächst durch die deutsche Okkupationsherrschaft noch verschärfte, mithin der ökonomische Zwang.

Zwar begrüßten die dänischen Behörden angesichts der sozialen Notlage im Land bald die Abreise von „Deutschlandarbeitern", irgendeine Form des Drucks von dänischer Seite fand indes nicht statt. Arbeitslose verloren nicht ihren Leistungsanspruch, wenn sie eine Tätigkeit im Reich ablehnten. Die dänische Sozialversicherungsordnung sah aber vor, dass Arbeitslose nach maximal sechs Monaten nur noch Zuwendungen aus der Sozialhilfe erhielten. Diese wiederum konnte im Einzelfall durchaus gekürzt werden, wenn eine geeignete Arbeitsstelle in Deutschland nicht angenommen wurde – eine Streichung erfolgte jedoch nicht.

Andererseits war auch nicht jeder Arbeitswillige im Deutschen Reich willkommen: Das dänische Auswanderungskontor unterstützte die deutschen Behörden, indem es die Anträge überprüfte und Kommunisten, Spanienkämpfern, Homosexuellen und schwer Vorbestraften keine Ausreisegenehmigung erteilte.

Die Anwerbung in Dänemark basierte bis Kriegsende auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit. Die gefürchteten „Sauckel-Aktionen" hat es in Dänemark nicht gegeben. Heise und der seit November 1942 amtierende Reichsbevollmächtigte Werner Best lehnten derartige Zugriffe ab, um die Destabilisierung des Landes zu vermeiden. Deutschland brauchte Dänemark vor allem als Lebensmittellieferant – die Rekrutierung von Arbeitskräften war ein nachrangiges Ziel und konnte nur behutsam betrieben werden.

Schon 1942 waren gleichwohl neue Anwerbungsmethoden nötig, um überhaupt noch in größerer Zahl Arbeiter für den Einsatz in Deutschland zu gewinnen. Dänische Firmen stellten Arbeiter ein, die bereits bei Vertragsunterzeichnung Lohnvorschüsse erhielten und dann nach Deutschland ausgeliehen wurden. Diese Dänen arbeiteten als Leiharbeiter in Kolonnen unter der Leitung eines dänischen Vorarbeiters oder Meisters. Diese attraktivere Variante der Deutschlandarbeit wählte 1942 bereits fast die Hälfte der Freiwilligen. Die Meldungen über die schlechten Arbeitsbedingungen in

07 Köhler 01.06.2008 16:54 Uhr Seite 238

Deutschland und die sich dort weiter verschärfende Rationierung der Lebensmittel führten zu einem massiven Rückgang der Bereitschaft, ins Reich zu gehen. Bald kamen weitere Aspekte hinzu: Die alliierten Luftangriffe machten den Aufenthalt in den deutschen Städten und Großbetrieben zusehends gefährlicher. In Dänemark machte sich angesichts der ausbleibenden militärischen Erfolge der Wehrmacht allmählich eine Widerstandsstimmung breit, die auch die Anfeindung von Deutschlandarbeitern implizierte. Schließlich entfiel auch der wirtschaftliche Druck, über eine Beschäftigung im Reich nachzudenken. 1944 erreichte die dänische Wirtschaft – nicht zuletzt durch den Bau des Atlantikwalls – wieder Vollbeschäftigung. Im Mai 1945 befanden sich nur noch wenige Hundert dänische Arbeiter in Deutschland, alle anderen hatten dem untergehenden Dritten Reich längst den Rücken gekehrt.

Der Hohenheimer Historiker Mark Spoerer differenziert in seiner auf dem Höhepunkt der Entschädigungsdebatte erschienenen Überblicksarbeit zur Zwangsarbeit diese nach verschiedenen Kriterien. Als Hauptcharakteristikum betont er die Kombination der rechtlich institutionalisierten Unauflösbarkeit des Arbeitsverhältnisses für eine unabsehbare Zeitdauer und der geringen Chancen einer Einflussnahme auf die Existenzbedingungen. Das erste Charakteristikum trifft seiner Einschätzung nach auch für deutsche Arbeitskräfte zu, das letztere aber nicht. Damit ist auch schon eine wesentliche Unterscheidung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitskräften genannt, sofern es sich nicht um Häftlinge oder Juden handelt.[16]

16 Mark Spoerer: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Dritten Reich und im besetzten Europa 1938-1945, Stuttgart 2001, S. 15ff.

Die Dänen nahmen unter den Ausländern eine Sonderrolle ein, wie auch die Arbeiter aus den verbündeten Staaten Bulgarien, Italien (bis 1943), Kroatien, Rumänien, Slowakei, Ungarn und dem neutralen Spanien. In der Regel konnten sie Deutschland nach dem Ablauf des Arbeitsvertrags wieder verlassen. Im Gegensatz zu den anderen hier aufgezählten Ländern aber kann für die Dänen nicht gelten, dass sie angesichts der wirtschaftlichen Situation im Heimatland oder aufgrund der Restriktionen der dortigen Arbeitsverwaltungen keine Alternativen gehabt hätten. Etwaige falsche Versprechungen bei der Anwerbung allein eignen sich nicht als Kriterium für Zwangsarbeit. Als Maßstab können eher die Höhe des Lohnes und die Lebensmittelrationen herangezogen werden. Und hier waren die dänischen Arbeiter ihren deutschen Kollegen gleichgestellt. Sie konnten ihre Existenzbedingungen in Deutschland in begrenztem Umfang beeinflussen, hatten aber vor allem die Möglichkeit, nach Ablauf ihrer Arbeitsverträge in die Heimat zurückzukehren.

So erscheint die Anwendung des Terminus „Zwangsarbeiter“ auf die Dänen insgesamt unangebracht. Gleichwohl sei daran erinnert, dass auch Dänen zu Zwangsarbeitern werden konnten, etwa wenn sie aufbegehrten und ins Visier der Gestapo gerieten. So wird wohl allein die dänische Bezeichnung „Tysklandarbejdere“ dieser besonderen und in Schleswig-Holstein im Sommer 1943 über 7000 Personen zählenden Gruppe gerecht.